

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.



Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des
Österreichischen
Gemeindebundes

Finanzausgleich braucht mehr Gerechtigkeit

Das Thema Finanzausgleich beherrschte die Diskussionen im Vorfeld des 63. Österreichischen Gemeindetages und der Kommunalmesse. Einstimmig wurde dazu vom Bundesvorstand des Gemeindebundes eine deutliche Resolution verabschiedet.

TAGESAKTUELLE SONDERAUSGABE



KOMMUNALMESSE
2016
www.diekommunalmesse.at

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,



Mehr als 10.000 Quadratmeter Fläche, rund 160 Aussteller und zahlreiche Besucher aus Österreichs Gemeinden machen die KOM-

MUNALMESSE 2016 zur wichtigsten Plattform zwischen Politik und Wirtschaft in Österreich. Die zahlreichen innovativen Angebote der Kommunalwirtschaft haben den Geschmack der Delegierten aus praktisch allen Gemeinden Österreichs auch heuer wieder getroffen. Auf den folgenden Seiten berichtet KOMMUNAL tagesaktuell über die Messe und den Start des 63. Österreichischen Gemeindetages. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für den heutigen Gemeindetag und viel Spaß beim Besuch der KOMMUNALMESSE 2016.

Michael Zimmer,
Geschäftsführer Kommunalverlag

INHALT

Mehr Gerechtigkeit 7

Resolution des Bundesvorstands zum FAG

Bilder einer Ausstellung 4 8 12

Das Messegeschehen hautnah

Ein starkes Rückgrat 3

IMPRESSUM

Herausgeber

Österreichischer Gemeindebund, 1010 Wien

Medieninhaber

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010

Wien, Tel. 01/532 23 88, www.kommunal.at

Hersteller Gutenberg Druck, Wr. Neustadt

ERÖFFNUNG GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

DER SICHERSTE GEMEINDETAG ALLER ZEITEN

Zur Eröffnung von Gemeindetag und Kommunalmesse 2016 kam nicht nur Innenminister Wolfgang Sobotka und die Spitzen der Kärntner Landespolitik, sondern mit Hans Peter Doskozil auch der zweite „Gemeindeminister“ Österreichs.

Katastrophenschutz ist ein wesentlicher Bestandteil des Sicherheitsgefühls in Österreich. Und die Gemeinden sind dabei mehr als Partner – sie sind Träger dieser Leistungen und sie garantieren, dass die Leistungen reibungslos funktionieren“, streute Verteidigungsminister und „zweiter Gemeindeminister“ (O-Ton Helmut Mödlhammer) Hans-Peter Doskozil den Gemeinden Rosen.

Das Thema Sicherheit sprach auch Wolfgang Sobotka an. „Sicherheit ist ein unteilbares Anliegen der Bevölkerung – auch und gerade, wenn man, wie ich, Föderalist ist. Und die Sicherheit wird in den Gemeinden gelebt“, betonte der Innenminister vor rund 1000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Delegierten des Gemeindetages. In dem Zusammenhang betonten sowohl Sobotka als auch Mödlhammer die Wichtigkeit der Aktion „Sichere Gemeinde“. „In Zeiten der Asylkrise bekommt diese Aktion besondere Bedeutung“, hob auch Helmut Mödlhammer die besondere Verbundenheit des Innenministeriums mit den Gemeinden hervor, bevor er den 63. Österreichischen Gemeindetag und die Kommunalmesse 2016 eröffnete. R

1 Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, Innenminister Wolfgang Sobotka (verdeckt), Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Peter Stauber, Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Maria-Luise Mathiaschitz, Bürgermeisterin von Klagenfurt und Peter Kaiser, Landeshauptmann von Kärnten, eröffneten den 63. Österreichischen Gemeindetag und die Kommunalmesse 2016

3 Fixpunkt jeder Messe ist der Stand der Kommalkredit. Die Besucher fühlten sich sichtlich wohl.



EINDETAG

1

2 Ernst Schmid, Präsident a.D. des sozialdemokratischen GVV im Burgenland demonstriert die Einsparung, die seine Gemeinde Öggau mit dem Verbund erreichen konnte.



2



3



Helmut Mödlhammer und Peter Stauber bei der Pressekonferenz.

NICHT NUR DAS RÜCKGRAT ...

Klare Worte fanden die Gemeindebund-Präsidenten Helmut Mödlhammer und Peter Stauber (Kärnten) im Rahmen der Pressekonferenz zu Gemeindetag und Kommunalmesse 2016. „Die Gemeinden sind nicht nur das Rückgrat Österreichs, manchmal müssen sie offenbar auch das Hirn sein“, so Mödlhammer zur Tatsache, dass die Verhandlungen zum FAG in den Endspurt gehen. „Der neue Finanzausgleich muss sicherstellen, dass bestehende Vereinbarungen wie etwa der Pflegefonds und oder die Kofinanzierung der Kinderbetreuung strukturell abgesichert werden. Dazu hat der Bundesvorstand einstimmig eine Resolution beschlossen, über die wir auf der Seite 11 dieser Ausgabe berichten.

Besonder heikel ist die Situation in Kärnten. Österreichs südlichstes Bundesland wäre, bedingt durch die demografische Entwicklung, in jedem Fall Verlierer eines „normalen“ FAG. „Wir kämpfen für jede einzelne Region. Mit jeder Region, die aufgegeben wird, verliert Österreich ein Stück Vielfalt, so Stauber. Er wies damit darauf hin, dass im neuen FAG eine „Demografie-Bremse“ installiert werden müsse, damit Bevölkerungsverluste nicht zu sehr durchschlagen können. Denn die Infrastrukturkosten bleiben den Gemeinden in jedem Fall erhalten, es seien zusätzliche Gelder notwendig, forderte Stauber. „Von schönen Worten haben wir nichts! Wir möchten Taten sehen“, fand er klare Worte, als er einen „auf Landesebene verteilten, nicht von Wien aus“, Strukturfonds drängte, der den ländlichen Gemeinden weiterhin eine Zukunftsperspektive liefert. ^K

BILDER EINER AUSSTELLUNG

KOMMUNALMESSE IMPRESSIONEN

Geballte Information gab es nicht nur bei den Ausstellern der Kommunalmesse, auch die Open Space-Vorträge lieferten Informationsinputs für die Besucher der Messe.



1



2



3

1 Seit der allerersten Kommunalmesse präsentiert sich die eww, der Spezialist für kommunale Beleuchtung und Elektroanlagenbau mit einem spektakulären Stand.

2 Gemeinden und Apotheken haben ein gemeinsames Zukunftsthema – die Sicherung der medizinischen Grundversorgung am Land.

3 Wasser- und Kanaltechnik: Das Know-how der Spezialisten von Bauernfeind waren sehr gefragt.

Open Space

Beim Open Space verrieten Experten Zukunftsstrategien für Gemeinden und deren Verwaltung.

Spannende Informationen aus erster Hand boten die Fachreferenten führender Aussteller. REWE stellte die gemeinnützige Stiftung „Blühendes Österreich“ vor. **Werner Kraus** von T-Mobile skizzierte Möglichkeiten der Digitalisierung von Gemeinden. In ähnliche Richtung ging es auch bei dem Vortrag von A1 zum Thema „Smart Village“. Über Modelle der ärztlichen Versorgung im

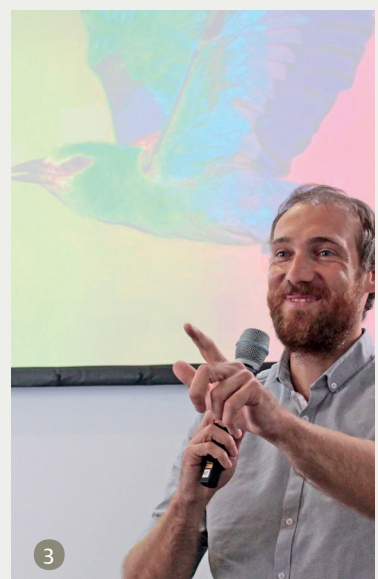
ländlichen Raum informierte der Geschäftsführer der mcm medical management GmbH, **Günter Zusag**. EU-Berater **Marc Fähndrich** erklärte Hintergründe zum Juncker-Plan hinsichtlich der Investitionsoffensive der EU, und wie moderne Bürgerkommunikation aussehen kann, zeigte **Andreas Opelt**, Vertriebsdirektor der Saubermacher Dienstleistungs AG. 



1



2



3



4 Verkehrstechnik von Jenoptik lockte viele Besucher an.

5 Ein Besuch beim k5-Stand und den IT-Experten war für Gemeindeminister Wolfgang Sobotka Pflicht.

6 Der verdiente Abschluss eines langen Tages: Am Stand der Hypo NÖ gab es für die Besucher Helmut Mödlhammer, Peter Stauber, Alfred Riedl, Wolfgang Sobotka und Karl Moser (ganz rechts) ein gutes Glas Weißwein von „Hausherr“ Wolfgang Viehhauser (2.v.r.).



1 Dipl.-Ing. Werner Kraus erklärt anhand von Best Practice-Beispielen aus Österreichischen Gemeinden, wie die digitale Vernetzung künftig die Effizienz der Verwaltung steigern kann.

2 Marc Fähndrich, Berater für wirtschaftliche Koordinierung der Europäischen Kommission erläutert die Investitionsoffensive des Juncker-Plans.

3 Ronald Würflinger von REWE International setzt sich für Biodiversität ein. Dazu hat REWE die Privatstiftung „Blühendes Österreich“ ins Leben gerufen.

4 Großer Andrang und Prominenz im Publikum beim Vortrag über moderne Bürgerkommunikation, gehalten vom Vertriebsdirektor der Saubermacher Dienstleistungs AG, Dr. Andreas Opelt.

5 Dipl.-Ing. Günter Zusag zeigt Modelle auf, wie eine gute, ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum zukünftig gewährleistet werden kann.

6 Ing. Thomas Heissenberger von A1 verrät, wohin die digitale Entwicklung im „Smart Village“ führt.



BUNDESVORSTAND

FINANZAUSGLEICH MIT VIELEN OFFENEN PUNKTEN

Naturgemäß war das Thema Finanzausgleich bei der traditionellen Sitzung des Bundesvorstands des Österreichischen Gemeindebundes am Vorabend des Gemeindetages das beherrschende Thema.

Angefangen von der wirtschaftlichen Lage über die Entwicklung der Bundesabgaben und die Prognose der Ertragsanteile bis hin zur Entwicklung der gemeindeeigenen Abgaben (Kommunalsteuer und Grundsteuer) gab es genug Gesprächsstoff.

Der Stand der Finanzausgleichsverhandlungen deckte diese Themen allerdings zu. Der Überblick, den Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer den rund 80 Mitgliedern des Bundesvorstandes gab, hatte es in sich. So könnte es im Bereich der Kinderbetreuung teilweise zu einer aufgabenorientierten Zuteilung von Ertragsanteilen kommen – zumindest wohl bei den bisherigen Bundesförderungen. Mödlhammer berichtete auch, dass der Begriff „Aufgabenorientierung“ vom Finanzminister anders verstanden werde als vom Gemeindebund.

Im Bereich der Abgabenautonomie der Gemeinden hat Ende September erstmals eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Grundsteuerreform getagt. Der Präsident berichtete weiter, dass die Gemeinden künftig die Bewertung der Grundsteuer übernehmen werden. Dies habe nicht nur Mehraufwand zur Folge, sondern auch ein Mehr an Autonomie und Mehrertrag.

Bei der lange umstrittenen Eisenbahnkrenzungsverordnung hat der Bund Ende September




„Eigentlich ist ein FAG ohne Bundesstaatsreform nicht zielführend.“

Helmut Mödlhammer,
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

einen Vorschlag für eine pauschale Abgeltungsregelung im FAG gemacht, die derzeit vom Gemeindebund geprüft wird.

Was die Gemüter teils sehr erregt, ist die Tatsache, der Bund wieder einen Konsolidierungsbeitrag von den Ländern (312 Millionen Euro) und den Gemeinden (106 Millionen) pro Jahr fordert. Der Grund ist laut Bund, dass „die Länder und Gemeinden von den Bankenrettungs- oder Wirtschaftsförderungsmaßnahmen profitiert“ hätten.

Da der Gemeindebund im Interesse der Kommunen vielen der Ansätze des Bundes nicht folgen kann, haben das Präsidium und der Bundesvorstand am 5. Oktober in Velden einstimmig eine Resolution beschlossen, die (in gekürzter Form) auf der nebenstehenden Seite nachzulesen ist.

Diese hier angeführten Punkte sind nur ein knapper Auszug der besprochenen Themen, alle würden den Rahmen bei weitem sprengen. Der Zeitplan bis zum geplanten Inkrafttreten des FAG 2017 am 1. Jänner 2017 ist überaus ambitioniert. So wird bis zum Abschluss des Paktums (21.10.) laufend weiter verhandelt, spätestens am 22.11. muss die Regierungsvorlage beschlossen sein. Nach der Behandlung im Finanzausschuss am 30.11. ist die Abstimmung im Plenum des Nationalrates für den 14. oder 15. Dezember 2016 geplant. 

RESOLUTION DES 63. ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES

EIN NACHHALTIGER UND GERECHTER FAG

Die Verhandlungen für die Neuverhandlung des Finanzausgleichs 2017 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sollen bald abgeschlossen sein, um die Verteilung der Steuereinnahmen ab 2017 neu zu gestalten.

Die Gemeinden sind bei den FAG-Verhandlungen im Sinne eines kooperativen Bundesstaates ein gleichwertiger Partner. Ein nachhaltiger Finanzausgleich muss den Gemeinden angesichts der umfangreichen und stetig wachsenden Ausgaben zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben, aber auch für die laufend neu übertragenen Aufgaben eine ausreichende finanzielle Basis sichern. Ein gerechter Finanzausgleich muss die Aufgaben und den Aufwand der Gemeinden in Betracht ziehen und die einkommensschwachen und strukturell benachteiligten Kommunen und deren regionales Umfeld entsprechend berücksichtigen.

Es ist daher sicherzustellen, dass

- die kommunalen Anteile an der gemeinsamen Steuerwirtschaft keinesfalls eingeschränkt werden
- die Summe der Gemeindeanteile auf der jeweiligen Länderebene nicht verringert wird, damit es keine Verlierer gibt,
- die laufend neu übertragenen Aufgaben an

die Gemeinden auch entsprechend finanziell bedeckt werden, um etwa den grauen Finanzausgleich zu verhindern,

- die sich dynamisch entwickelnden Gemeindeausgaben auch durch Beiträge des Bundes abgedeckt werden, zB in der Mindestsicherung v.a. bei der Integration von Flüchtlingen und im Bereich der Pflege,
- die Abgabenhöhe der Gemeinden gesichert ist und die gemeindeeigenen Steuern nicht durch Gesetzgebung oder jahrelange Unterlassung geschwächt werden (zB Grundsteuer), sondern deren Ertragskraft nachhaltig verbessert wird,
- die Ungleichheiten bei den länder- und gemeindeweisen Einnahmen aus Ertragsanteilen müssen mittelfristig (kleiner 10 Jahre) durch zusätzliche Bundes- bzw. Länder-Mittel unter Berücksichtigung der regionalen Kostenfaktoren ausgeglichen werden.
- ein mit Bundesmitteln in der Höhe von 500 Mio. EUR gespeister Strukturfonds für finanz- und strukturschwache


sowie von Abwanderung betroffene Gemeinden eingerichtet wird.

Ein nachhaltiger gerechter Finanzausgleich muss dafür sorgen, dass alle Gebietskörperschaften ihre Pflichtaufgaben auf der Grundlage einer kontinuierlichen Haushaltsplanung erfüllen können, er darf die Schwachen nicht vergessen.

MINDESTSICHERUNG

Die Gemeinden sind neben dem Bund und den Ländern ein Hauptzahler der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Seit deren Einführung im Jahr 2010 haben die Kommunen mit signifikanten Kostensteigerungen zu kämpfen.

Zur Erhaltung des von den Gemeinden maßgeblich mitgetragenen Sozialsystems müssen vor allem die Kosten drastisch gesenkt werden. Dies kann nicht allein durch Bürokratieabbau erreicht werden, sondern es müssen verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden, zum Beispiel durch vermehrten Einsatz von Sachleistungen.

Zur österreichweiten Aufrechterhaltung und Finanzierbarkeit der Bedarfsorientierten Mindestsicherung werden Bund und Länder daher aufgefordert, bei der Verhandlung eines neuen Rahmens für die Mindestsicherung (15a Vereinbarung) darauf zu achten, dass es dies zu zu einer spürbaren Kostendämpfung kommt. Einsparungen und eine allfällige Beteiligung des Bundes müssen jedenfalls auch an die Gemeinden weitergegeben werden. 

Redaktionell gekürzt, den vollen Text der Resolution finden sie auf <http://kommunal.at/artikel/die-resolution-des-bundesvorstands-an-die-bundesregierung/> oder sie folgen dem QR-Code



1

weiterer Punkt der Resolution

KOSTENDECKENDER ERSATZ DER WAHLAUSGABEN

Die Gemeinden sind die Schulen und Grundpfleier des demokratischen Prinzips. Demokratie muss aber nicht nur gelebt, sondern auch organisiert werden. Die Gemeindevahlbehörden sind ihrem gesetzlichen Auftrag, Wahlen und Referenden auf allen Ebenen des Staates in fairem und gesetzmäßigem Rahmen abzuhalten, bisher in tadelloser Weise nachgekommen.

Der Innenminister und die parlamentarischen Parteien werden daher aufgefordert, den Gemeinden nicht nur die anfallenden Kosten für die Wiederholung der Bundespräsidenten-Stichwahl und deren darauffolgende Verschiebung vollständig zu ersetzen, sondern ihnen auch langfristig einen Wahlkostenersatz zuzubilligen, der die vollen Ausgaben deckt.

KOMMUNALMESSE 2016

BILDER EINER AUSSTELLUNG 2

Traditionelle Höhepunkte jeder Kommunalmesse sind die Rundgänge der von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und den prominenten Besuchern. Einen Überblick bekommen Sie auf den folgenden Seiten, alle Bilder finden Sie online auf www.kommunal.at.



KOMMUNALBEDARF.AT – ein neues Werkzeug für Gemeinden



Reges Interesse fand die neue Beschaffungsplattform kommunalbedarf.at, die erstmals auf der Kommunalmesse präsentiert wurde. Ziel der Plattform ist es, die Beschaffungs- und Bestellprozesse der Gemeinden zu optimieren. Ein modernes Shopsystem mit komfortabler Suchfunktion, selbsterklärender Bedienung und einem an die Bedürfnisse der Gemeinden angepassten Sortiment sowie der Möglichkeit, eigene Lieferanten aus der Region zu integrieren, sollten den Gemeinden dabei helfen.

Die in die acht Bereiche Bürobedarf, IT-Zubehör, Straße und Verkehr, Reinigung und Hygiene, Gebäudetechnik, Bauhof, Außengestaltung und Schule und Sport unterteilte Bündelung der Angebote macht das Suchen und Finden passender Angebote leichter.



3 Viel Betrieb herrschte bei Unibind. Besonders dessen Urkunden- und Standesamtstempeln waren gefragt.

4 Wolfgang Figl von der Bank Austria freute sich über den Besuch von Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer.

5 Alle Informationen über die Vorzüge des grabenlosen Leitungsbau gab es bei Stand der Vereinigung für den grabenlosen Bau.

6 Reinwerfen statt wegwerfen: Mit diesem Slogan zog die ARA viele Besucher zu ihrem Stand.



1 Die Raumangebote von Containex sind besonders in Zeiten der Flüchtlingskrise gefragt.

2 Eine beeindruckende Höhe erreicht der Habekran von Palfinger.

FOTO // Gemeindebund/Jacqueline Godany



Die Sieger des österreichischen Gemeindepreis



**ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEPREIS
2016**

Die Landessieger des Gemeindepreises 2016 sind prämiert. Am Nachmittag überreichte Innenminister Wolfgang Sobotka, der den Gemeindepreis initiierte, die Vertreter der Gemeinden Feistritz an der Gail, Seekirchen am Wallersee, Wildschönau, Trofaiach, Rankweil, Fels am Wagram, Marchtrenk und Lockenhaus die Urkunden.

BUNDESFACHTAGUNG DES FLGÖ

REFORMEN EMOTIONAL VERMITTELN

Im Mittelpunkt der Fachtagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten stand die Einführung der Wirkungsorientierung in der öffentlichen Verwaltung.

Die budgetären und politischen Entscheidungsprozesse sollen durch die Einführung der Wirkungsorientierung besser werden, und die Verwaltung soll mehr auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtet werden,

In kleinen Gemeinden tut sich in punkto Einführung der Wirkungsorientierung noch nicht viel.

Der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier betrachtete die Einführung der Wirkungsorientierung




Peter Filzmaier: „Verwaltung ist schwer zu kommunizieren.“



Univ.-Prof. Benedikt Speer: „Viele Mitarbeiter waren von der Wirkungsorientierung nicht überzeugt.“

erläuterte Univ.-Prof. Benedikt Speer von der FH Kärnten. Auf Bundesebene ist die Wirkungsorientierung bereits eingeführt. Eine Evaluation der Reform zeige aber, dass der Nutzen als eher gering eingeschätzt wird. Ein großes Problem sei es gewesen, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht von der Notwendigkeit der Reform überzeugt waren.

Noch schlechter sind die bisherigen Erfahrungen auf Länderebene. Die Steiermark, die habe „einen Bauchfleck hingelegt“, meint der Verwaltungsexperte.

aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. „Verwaltung“ sei schwer zu kommunizieren. „Wenn man an die Leistungen der Feuerwehr denkt, hat jeder sehr konkrete Bilder im Kopf. Themen wie Verwaltungsreform oder auch Wirkungsorientierung lassen sich dagegen schwer in Bildern darstellen.“ Daher sei es wichtig, anhand praktischer Beispiele zu zeigen, wie Wirkungsorientierung funktioniert und welche Vorteile sie bringt. „Vor allem müssen Emotionen vermittelt werden, um Menschen zu begeistern.“ 



Vertreter von Bund, Land und Gemeinden diskutierten über das Thema „Zusammenarbeit“ – und zwar zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften als auch unter den Gemeinden.

In welcher vielfacher Weise Bundesstellen mit Gemeinden zusammenarbeiten, zeigte der Generalsekretär des Lebensministeriums, Reinhard Mang (er war in Vertretung des erkrankten Ministers Andrä Rupprechter gekommen), anhand seines Ministeriums auf. So ist das BMLFUW unter anderem für die Vergabe der Förderungen für den ländlichen Raum zuständig – ein Budgetposten von einer Milliarde Euro, die hauptsächlich den Kommunen zugute kommt. Mang streute den Bürgermeistern für ihr Engagement Rosen. Auch aus seiner privaten Erfahrung wisse er, wie lösungsorientiert auf Gemeindeebene gearbeitet werde, meinte er. Dem konnte sich die Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreterin und Finanzreferentin Gaby Schaunig nur anschließen, meinte aber auch: „Kommunalpolitiker zeichnen sich durch eine charmante Hartnäckigkeit aus.“ Das Engagement der Gemeindevertreter werde auch von der Bevölkerung honoriert – nicht umsonst seien Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

BEIT AUS



Es volat quiberf Quas consed es
aunum repodae exceaquis cora
Alique verspedissi dolecturem
veliquanti accume nis

die Politiker mit den höchsten Beliebtheitsraten. „Finanzreferentin in Kärnten will dagegen niemand werden“, so Schaunig ironisch. Moderator Peter Filzmaier: „Ich auch nicht.“

Filzmaier stellte die Frage in den Raum, wie man Gemeinden dazu bringen könnte, stärker zusammen zu arbeiten. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer meinte dazu, dass die Kommunen vielfach schon alleine deswegen zusammenarbeiten müssen, weil die Aufgabenfülle immer größer wird. In vielen Bereichen sei Kooperation ohnehin schon selbstverständlich, etwa bei Wasser und Abwasser, bei Feuerwehren, Seniorenheimen und in der Kinderbetreuung. „Wichtig ist aber, dass die Zusammenarbeit nicht von oben verordnet wird, sondern dass die Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen werden.“

Dem Chef des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten, Franz Haugensteiner, war es wichtig zu differenzieren: „Es gibt Kooperationen, die aus finanziellen Gründen sinnvoll sind und solche, die nötig sind, weil eine Gemeinde ein Projekt nicht allein organisieren kann.“ Es gebe aber auch Bereiche, wo Kooperationen sich als nicht sinnvoll erwiesen hätten.

„Wer entscheidet aber, ob eine Zusammenarbeit sinnvoll ist?“, wollte Moderator Filzmaier wissen. Das gehe nur gemeinschaftlich, meinte Gaby Schaunig. „Die Gemeinden sollen freiwillig kooperieren. Bund und Länder können aber durch finanzielle Anreize steuernd eingreifen.“




» Kommunalpolitiker zeichnen sich durch eine **charmante Hartnäckigkeit aus.**“

Vorname Nachname,
Kärntens Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig

Wie bewertet man aber, ob eine Zusammenarbeit erfolgreich ist? „Einsparungen sind klar nachvollziehbar“, meinte Mödlhammer. „Der wichtigste Indikator ist aber die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Denn in der Gemeinde ist der Mensch nicht nur eine Nummer, sondern es wird auf seine Bedürfnisse Rücksicht genommen.“

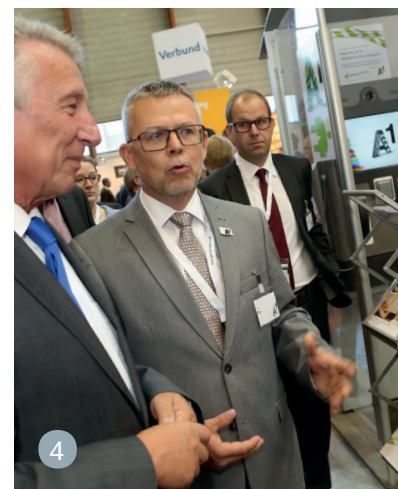
Zu den laufenden Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich meinte Mödlhammer, dass wieder einmal klar geworden sei, dass es eine Bundesstaatsreform brauche. „Man muss sich ansehen, welche Ebene eine Aufgabe am besten erfüllen kann – und diese Ebene sollte dann alleine verantwortlich sein und die dafür nötigen finanziellen Mittel erhalten.“

Ein großer Wurf wäre nur möglich, wenn man eine derartige Aufgabenreform machen würde. „Die wird es aber jetzt nicht geben“, stellte Mödlhammer klar, weil niemand bereit war, ein derart großes Projekt in Angriff zu nehmen. Er stellte aber klar, dass es einen Stufenplan für die Aufgabenreform geben wird. Darüber seien sich die Verhandlungspartner einig.

Für FLGÖ-Chef Franz Haugensteiner geht das aber alles zu langsam. „In gewissen Bereichen läuft uns die Zeit davon“, warnte er. Wenn es etwa nicht bald eine österreichweite Breitbandversorgung – die durchaus mit dem FAG zusammenhänge – gibt, würden zahlreiche Unternehmen aus dem ländlichen Raum abwandern. 

KOMMUNALMESSE 2016

BILDER EINER AUSSTELLUNG



1 Die Spezialisten für Gebäudemanagement BIG freuten sich über den Besuch der Prominenz.

2 Der Stand des Tiroler Service- und Dienstleisters GemNova war Anlaufstelle für viele Bürgermeister.



3 Der Stand von Erste Bank und Wiener Städtische war ein Pflichtterminus für Wolfgang Sobotka und Helmut Mödlhammer.

4 Gemeindebundchef Mödlhammer informierte sich bei der A1 über die technischen Neuheiten



5 Die Angebote rund um das Thema Energie und kommunale Beleuchtung interessierten den begeisterten Kommunalpolitiker a.D. Sobotka.

6 Ehrung für Verdienste: Matthias Heinschink (Bgd), Hans Gargitter (ÖÖ) und Aurel Schmidhofer wurden vom Gemeindebund geehrt.

7 Interessiert untersuchte der Gemeindeminister bei den Brückenbauern Duschek und Duschek die neuesten Konstruktionen für Brücken.